

Minister fordert mehr Abschiebungen

Hessen will Einbürgerungen einschränken

VON ANDREA LÖBBECKE

WIESBADEN. Flüchtlinge mit einem subsidiären Schutzstatus sollten laut einem Vorschlag des hessischen Innenministers Roman Poseck (CDU) von Einbürgerungen ausgeschlossen werden. „Dieser Schutzstatus ist von Anfang an als vorübergehende Lösung gedacht und dient lediglich dem Schutz vor akuten Gefahren im Herkunftsland“, erläuterte er. Bei der Innenministerkonferenz diese Woche in Bremen will Hessen mit einer Initiative erreichen, dass das Staatsangehörigkeitsgesetz dahin gehend geändert wird.

Geflüchtete mit subsidiären Schutzstatus bekommen zwar keinen Asyl- oder Flüchtlingsstatus, dürfen aber in Deutschland bleiben, weil ihnen in

ihren Heimatländern etwa Folter oder die Todesstrafe droht. Viele Bürgerkriegsflüchtlinge fallen in diese Gruppe. Nach aktueller Rechtslage können Menschen mit einem Aufenthaltstitel aufgrund subsidiären Schutzes bei ausreichender Aufenthaltszeit eingebürgert werden. Das gelte beispielsweise für Personen mit syrischer Staatsbürgerschaft, sagte Poseck. Nach dem Ende des Bürgerkriegs in Syrien müsse die Situation in dem Land neu bewertet werden. „Aus meiner Sicht sollten langfristig wieder reguläre Abschiebungen von ausreisepflichtigen Personen nach Syrien möglich sein“, ergänzte er und forderte zudem, dass bei Einbürgerungen die bisherigen Bagatellgrenzen bei strafrechtlichen Verurteilungen wegfallen.

Quelle: Oberhessische Presse vom 04.12.2025